

**Diskussionspapier der AG Wälder
des Forum Umwelt & Entwicklung zur
14. Vertragsstaatenkonferenz der Klima-
Rahmenkonvention in Posen**

Waldpolitik auf dem Holzweg

Die Zerstörung tropischer Wälder ist für etwa ein Fünftel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der Schutz der Wälder ist von zentraler Bedeutung, wenn wir die Erderwärmung verringern, die biologische Vielfalt schützen und die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen erhalten wollen, die direkt auf Wälder angewiesen sind.

Um eine Klimakatastrophe zu verhindern, müssen in den Industrieländern die Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger deutlich reduziert und gleichzeitig müssen die Zerstörung und Degradierung weiterer Wälder verhindert werden. Unter keinen Umständen darf das eine Instrumentarium das andere ersetzen – beide sind notwendig.

Deshalb sind aus unserer Sicht folgende Punkte wichtig:

- **Wälder dürfen nicht Teil des weltweiten Emissionshandels werden**

Mit dem Kauf von Zertifikaten für verringerte (oder verhinderte) Entwaldung im Rahmen des normalen Emissionshandels könnten Staaten und Industrie das Recht erwerben, den eigenen Ausstoß von Klimagasen nicht reduzieren zu müssen. Damit würde ein Schlupfloch für jene entstehen, die mit kostengünstigen Investitionen in Waldschutz die weitere Nutzung veralteter, aber gewinnträchtiger Technologien rechtfertigen wollen. Eine solche Austauschbarkeit ist auszuschließen.

Die Bindung von Kohlenstoff in Wäldern ist reversibel, sei es durch natürliche Katastrophen oder durch vorsätzliche Zerstörung. Der Ausstoß von Klimagasen bei der Verbrennung fossiler Energieträger ist dagegen irreversibel. Jeder Marktmechanismus, der ein Aufrechnen von „grünem“ Kohlenstoff (aus Walderhalt) gegen „schwarzen“ Kohlenstoff (aus fossilen Quellen) erlaubt, kann de facto zu einem Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre führen – und damit zu einer Beschleunigung des Klimawandels.

Außerdem ist der Emissionshandel keine verlässliche Quelle für die Finanzierung von Waldschutz. Die dafür notwendigen Maßnahmen müssen langfristig geplant und unterstützt werden und sind auf lange Sicht kostenintensiver als andere Maßnahmen. Der Kohlenstoffmarkt dagegen unterliegt starken Schwankungen. Wenn kurzfristig billige Waldzertifikate in direkter Konkurrenz zu anderen Kohlenstoffzertifikaten stehen, droht die Gefahr einer Destabilisierung des Marktes. Mit einem Verfall des Kohlenstoffpreises würde auch der Anreiz sinken, in erneuerbare Energien und saubere Technologien

zu investieren. Darüber hinaus würde sich Naturschutz zunehmend am Kohlenstoffgehalt der Wälder anstatt an Naturschutzkriterien orientieren.

Eine Alternative sind Marktmechanismen, die Waldzertifikate von anderen Zertifikaten trennen, oder Fonds, in die z. B. Abgaben auf Treibhausgasemissionen oder die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten eingezahlt werden. Sie können genutzt werden, um schnelle und kosteneffektive Maßnahmen zum Schutz der Wälder zu finanzieren, wie die Beendigung der kommerziellen Holznutzung in Primärwäldern und die Sicherung von Landrechten indigener und lokaler Gemeinschaften, die in und von Wäldern leben.

- **Naturwälder dürfen nicht durch Plantagen ersetzt werden.**

Plantagen haben andere Eigenschaften als Naturwälder. Sie dürfen deshalb nicht als „Wälder“ definiert werden und es muss deutlich sein, dass Waldverlust nicht mit der Anlage von Plantage kompensiert werden kann. Plantagen enthalten nur einen Bruchteil der biologischen Vielfalt und des Kohlenstoffs von Urwäldern. Es dürfen keine Anreize geschaffen werden, natürliche Wälder durch Monokulturen zu ersetzen.

- **Nicht nachhaltiger kommerzieller Holzeinschlag darf nicht durch Klimafonds gefördert werden**

Die Degradierung von Wäldern durch nicht nachhaltigen kommerziellen Holzeinschlag trägt maßgeblich zur Freisetzung von Treibhausgasen bei. Auch der Kohlenstoffvorrat von selektiv genutzten Wäldern ist im Durchschnitt signifikant niedriger als der in ungestörten Wäldern. Darüber hinaus werden die Wälder durch den Bau von Straßen und Infrastruktur für eine weitere Nutzung geöffnet. Dies führt häufig zu Entwaldung oder dauerhafter Umwandlung, wenn nicht gleichzeitig gute lokale Managementsysteme aufgebaut werden.

- **Wald- und Naturschutzpolitik muss verbessert und offene Landrechtsfragen müssen geklärt werden**

Nur wenn es eine transparente Politik und Gesetzgebung im Waldbereich gibt und Landrechtsfragen geklärt sein, können Projekte zum Waldschutz auch dauerhaft zum Erhalt der Wälder beitragen und so langfristig die Kohlenstoffbindung, die biologische Vielfalt und wichtige Ökosystemleistungen sichern.

Um einen dauerhaften Schutz von Wäldern zu ermöglichen, müssen neue politische Instrumente und Finanzierungsmechanismen darauf ausgerichtet sein

- **die Landrechte lokaler Gemeinschaften und indigener Völker abzusichern**

Weltweit sind mehr als eine Milliarde Menschen für ihren Lebensunterhalt auf Wälder angewiesen, darunter 60 Millionen Angehörige indigener Völker. Die Anerkennung und Durchsetzung ihrer traditionellen Land- und Nutzungsrechte und ihre umfassende

Beteiligung (freie informierte vorherige Zustimmung und gerechte Beteiligung an den Erträgen) muss eine Grundvoraussetzung für jede Waldschutzpolitik sein.

- **Waldschutz zu bezahlen statt Waldzerstörer zu entschädigen**

Finanzmittel sollen für nationale Programme und Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, die auf Schutz und nachhaltige Nutzung von Wäldern durch die lokale Bevölkerung ausgerichtet sind. Regierungen und lokale Gemeinschaften sollen für entgangene Einkommen entschädigt werden, wenn Aktivitäten, die zur Zerstörung von Wäldern führen, beendet werden.

Angesichts der Tatsache, dass von der Weltbank geförderte Projekte seit den 1970er Jahren zum Waldverlust beigetragen haben, scheint diese Institution nicht geeignet, eine koordinierende Rolle in diesem Prozess zu spielen.

- **alle Waldregionen zu umfassen**

Ein effektiver Mechanismus darf sich nicht nur auf die Länder mit den höchsten Entwaldungsraten konzentrieren. Auch Ländern mit zur Zeit niedrigen Entwaldungsraten (wie etwa im Kongobecken) müssen die notwendigen Mittel erhalten, um Strukturen zum dauerhaften Walderhalt aufzubauen.

- **und die weltweite Nachfrage nach Holz und landwirtschaftlichen Produkten aus nicht nachhaltigen Quellen zu reduzieren.**

Ein gerechter und globaler Übergang zu einer Wirtschaft mit geringen Kohlenstoffemissionen setzt einen nachhaltigen Konsum voraus, der keine Entwaldung fördert. Eine Klimapolitik muss kohlenstoffintensive Produkte, die z. B. aus umgewandelten Wäldern stammen, ökonomisch uninteressant machen. Um die Ursachen der Entwaldung anzugehen, müssen die Programme eine Verringerung des Konsums belohnen und nachhaltige Alternative zu solchen Agrotreibstoffen, Futtermitteln, Fleisch, Holz oder Papier unterstützen, für deren Produktion Wälder umgewandelt oder degradiert wurden.

Stand Dezember 2008